

Iran – so far away

Worauf es für Europa jetzt ankommt in den Verhandlungen mit Teheran | Von Michael Schaefer



In Wien beginnen in dieser Woche Verhandlungen über die Wiederbelebung des Atomabkommens mit Iran. Die E3 (Deutschland, Frankreich und Großbritannien), Russland und China sondieren Möglichkeiten zur Wiederaufnahme der Gespräche, die USA sind in Wartestellung. Der Prozess darf nicht erneut entgleisen, das Nuklearthema ist wichtig, aber nicht ausreichend. Die Europäer müssen jetzt Führungsverantwortung übernehmen.

Diesmal sollte von Anfang an ein zweites Ziel angestrebt werden: die Schaffung eines Rahmens für regionale Sicherheit und Stabilität im Mittleren Osten. Das ist ein europäisches Kerninteresse und eine Lehre aus den Anfängen des Verhandlungsprozesses.

Ein Blick zurück: Im Herbst 2003 machen die Außenminister der E3 ihre historische Reise nach Teheran. Die europäische Strategie verfolgt zwei Ziele: Neben der Verhinderung der militärischen Nutzung des iranischen Atomprogramms die Einbindung Irans in ein regionales Sicherheitskonzept. Iran hat dagegen nur ein strategisches Ziel: Erlangung der Fähigkeit zur Anreicherung von Uran, Voraussetzung nicht nur für die Produktion von Brennstäben für zivile Reaktoren, sondern auch zur Produktion einer Nuklearwaffe.

Taktisch will Teheran die Verhandlungen im Rahmen der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA halten und eine Überweisung an den UN-Sicherheitsrat verhindern. Die erste Phase des Verhandlungsprozesses dient dem Aufbau gegenseitigen Vertrauens. Die Gespräche sind atmosphärisch offen, in der Sache schwierig. Ein erster Zwischenerfolg ist es, als Teheran Anreicherungsaktivitäten auf freiwilliger Basis suspendiert, sein Programm unter IAEA-Kontrolle stellt und das Zusatzprotokoll zum Nichtverbreitungsvertrag zeichnet. Damit ist nach Auffassung Teherans der Weg frei für Themen wie Handelsaustausch, Terrorismus, regionale Sicherheit. Die E3 bestehen dagegen auf einer „Suspendierung aller (!) anreicherungsrelevanten Aktivitäten“, was nach Auffassung der IAEA noch nicht vollständig der Fall ist. Die rote Linie der Europäer bleibt der Zusammenbau und der Test von Zentrifugen.

Nach monatelangen, sehr kontroversen Verhandlungen gelingt im November 2004 die Einigung auf das Paris-Abkommen. Danach erklärt Iran sich freiwillig bereit zur Aussetzung der Urananreicherung, einschließlich aller damit in Verbindung stehenden Aktivitäten. Iran und die EU haben die Tür für Verhandlungen zu einem langfristigen Abkommen über die beiderseitigen Beziehungen geöffnet.

Im Sommer 2005 endet diese erste Phase des Verhandlungsprozesses mit Iran ohne Ergebnis. In Teheran kommt Ahmadinejad an die Macht. Die E3 nehmen mit USA, Russland und China die drei weiteren ständigen Sicherheitsratsmitglieder an Bord, aus den E3 werden „E3 plus 3“. Der Prozess wird von der IAEA in den UN-Sicherheitsrat verlagert, um den Druck auf Teheran zu verstärken. Letzte Versuche eines gesichtswahrenden Kompromisses scheitert 2007.

Erst mit der Wiederwahl von Präsident Barack Obama in den USA und der Wahl des „Realisten“ Hassan Rohani zum iranischen Präsidenten öffnet sich 2013 ein neues window of opportunity.

Rohani, der als Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates in der Anfangsphase die Nuklearverhandlungen auf iranischer Seite verantwortet hatte, ist mehr als vertraut mit den zahllosen Fallstricken dieses hochkomplexen Prozesses und genießt den Respekt der westlichen Verhandlungsführer. Jetzt sind auch die USA bereit, sich aktiv und konstruktiv in die Verhandlungen einzubringen.

gen. US-Außenminister John Kerry und die Generalsekretärin des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Helga Schmid, spielen eine wichtige Rolle. Im Juli 2015 wird das historische Iran-Abkommen unterzeichnet. Ein für alle Parteien, vor allem aber für die europäische Sicherheit wichtiger Baustein. Das ist der von den E3 ursprünglich avisierte erste Schritt.

Der zweite Schritt, die Fortsetzung des Prozesses über die Nuklearfrage hinaus zur Erreichung weiterer strategische Ziele, wird dagegen 2015 versäumt. Donald Trumps Austritt aus dem Atomabkommen 2018 verhindert dies endgültig.

Umso wichtiger ist die jetzt mögliche Neuaufnahme des Verhandlungsprozesses. Zwei Lehren sollten aus den vergangenen 18 Jahren Verhandlungen mit Iran gezogen werden: Die EU muss die treibende Kraft sein bei der Formulierung realistischer Ziele und der Gestaltung des dafür erforderlichen Prozesses. Europa darf sich nicht zum Erfüllungsgehilfen der USA machen lassen.

Aber es geht auch nicht ohne die USA. Ihr Gewicht und ihr Einfluss bleiben für beide Seiten eine nicht wegzudiskutierende Tatsache: Washington vertritt eigene Interessen, die nur teilweise mit den europäischen. Präsident Joe Biden scheint entschlossen, eine konstruktive Rolle zu spielen trotz starker republikanischer Opposition – keine schlechte Ausgangslage für ein *good cop, bad cop*-Szenario.

Worauf muss es den Europäern jetzt ankommen?

1) Oberstes Ziel bleibt die Umsetzung des Nuklearabkommens durch Teheran in allen Teilen. Das erfordert eine systematische Kontrolle durch die IAEA. Das internationale Vertrauen, dass Iran trotz Beherrschung des Brennstoffkreislaufs keine Atomwaffe anstrebt, ist Voraussetzung für alle weiteren Schritte. Dazu gehören Transparenz und völkerrechtliche Einhegung auch des iranischen Raketenprogramms.

2) Die E3 plus 3 müssen ihren Teil des „Deals“ glaubwürdig umsetzen, d.h. Aufhebung von Sanktionen und Ausweitung des Handels. Die Zusammenarbeit im Bereich ziviler Nukleartechnologie sollte ebenso wenig tabu sein wie Energiezusammenarbeit, Terrorismusbekämpfung oder der gemeinsame Kampf gegen den Klimawandel.

3) Es geht um Stabilität in der Region, nicht um einen Regimewandel im Iran. Schlüssel ist der Einstieg in einen politischen Sicherheitsdialog, der über das europäisch-iranische Verhältnis hinausgeht. Kernziel bleibt, Iran in einen umfassenden Prozess der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren Osten einzubinden. Das ist angesichts des fortdauernden Syrien-Krieges, der offenen Rivalität mit Saudi-Arabien und der Feindschaft Irans mit Israel fast die Quadratur des Kreises.

Aber eine solche Initiative ist regional lange überfällig und liegt im geopolitischen Interesse Europas. In Helsinki 1975 erschien das Ziel auch utopisch, der KSZE-Prozess hat aber unseren Kontinent sicherer gemacht. Die EU sollte diese historische Erfahrung jetzt im Mittleren Osten nutzen. Dafür ist europäische Führungsverantwortung erforderlich.



DR. MICHAEL SCHAEFER

war von 2002 bis 2007 Politischer Direktor im Auswärtigen Amt und leitete die deutsche Delegation bei den Iranverhandlungen bis 2007.

Früher war mehr Bürger*innenschreck

Warum die Bündnisse mit der CDU in Baden-Württemberg und Hessen für die Grünen so wichtig sind | Von Andreas Rinke

Als Winfried Kretschmann die baden-württembergischen Grünen auf einen erneuten Koalitionskurs mit der CDU zwang, kochten viele Grüne vor Wut. „Falsch und fatal“ sei der Schritt im Südwesten Deutschlands, schimpfte die Sprecherin der Grünen-Jugend, Anna Peters.

Doch Kretschmann focht dies nicht an. Die Grünen könnten in den Koalitionsverhandlungen mit der CDU doch viel mehr inhaltliche Positionen durchsetzen als in einem instabilen Dreierbündnis mit FDP und SPD, argumentierte er. Nebenbei verwies er auf die Einschätzung der Wahlforscher, dass nicht etwa seine Partei, sondern vor allem er selbst mit seinem Ansehen diesen Wahlsieg und das Traumergebnis von 30,3 Prozent geholt habe. Motto: wer die Prozenz holt, bestimmt.

Auch die Bundes-Grünen haben über die Jahre immer wieder mit Kretschmanns manchmal eigenwilligen Positionen gehadert. Aber letztlich dürfte der Höhenflug der Partei im Bund zu einem erheblichen Teil auf die grün-schwarzen oder schwarz-grünen Bündnisse in Baden-Württemberg (seit 2016) und Hessen (seit 2014) zurückzuführen sein. Denn die relativ lautlos regierenden Koalitionen mit der CDU in Stuttgart und Wiesbaden haben die Grünen aus der strategischen Festlegung im linken Koalitionslager geholt. Die ebenfalls relativ konfliktfreie Jamaika-Koalition in Kiel aus CDU, Grünen und FDP wiederum legte die Grundlage für den Aufstieg des heutigen Ko-Vorsitzenden Robert Habeck. Das hat die Grünen insgesamt in Umfragehöhen jenseits der 20 Prozent geschossen, ab der man ein Image als Klientelpartei abstreifen kann.

Sowohl in Baden-Württemberg, Hessen als auch in Schleswig-Holstein werden dafür zwei Punkte besonders verantwortlich gemacht – Stil und politische Pragmatismus. Weder Kretschmann noch der hessische Wirtschafts- und Verkehrsminister Tarek al-Wazir gehen aggressiv auf ihre Gegner los. „Wir gackern weniger laut als die anderen, legen aber die schönsten Eier“, scherzte al-Wazir schon 2018.

den Dannenröder Forst für einen Autobahnbau mitgetragen. Die hessischen Grünen haben auch den weiteren Ausbau des zentralen deutschen Flughafens Frankfurt nicht verhindert. In der Bilanz vor der jüngsten Landtagswahl bilanzierten sie, dass das Land „grüner“ und „gerechter“ geworden sei – das klingt nach Evolution, nicht Revolution.

Mit reiner Lehre, auf die Grünen in der Opposition mit regulatorischen Forderungen immer wieder pochen, hat dies wenig zu tun – und über die Jahre änderte sich so das Image der Partei. Das Ergebnis bei Wahlen: In Baden-Württemberg landeten die Grünen erstmals über 30 Prozent und wurden nicht von radikaleren neuen ökologischen Bewegungen abgestraft. Was die Grünen an radikale Öko-Aktivist*innen verlieren, bekommen sie offenbar in der politischen Mitte an Wählerstimmen hinzu. In Hessen liegen sie in allen Umfragen solide an zweiter Stelle hinter der Union. Besonderer Triumph Kretschmanns: Er punktete in genau jenem Wählersegment, das bisher fest in Unions-Hand schien: den Älteren. Gerade bei diesen Wählern, die überdurchschnittlich oft eben keine Revolution wollen, sondern sich nach Stabilität sehnen, bekamen die Grünen Vertrauen geschenkt.

Es ist ein politischer Kreislauf: Regierungsmacht und -verantwortung führt in den typisch deutschen Koalitionsregierungen notgedrungen zu Pragmatismus – und Pragmatismus eröffnet wiederum neue Machtoptionen. Die Grünen regieren heute in elf Bundesländern in sehr verschiedenen Koalitionen mit, mal mit CDU, SPD, FDP und Linken. Fast noch wichtiger: Sie besetzen dabei völlig unterschiedliche Ressorts und keineswegs nur die Umweltministerien. Das macht es politischen Gegnern in Wahlkämpfen zumindest schwerer, vor desaströsen Folgen der Gefahr einer Regierungsbeteiligung und mangelnder Themenbreite der Grünen zu warnen.

Und es zeigt das strategische Dilemma, vor dem etwa Union und FDP im Wahlkampf stehen, wenn sie die



Grün-schwarze und schwarz-grüne Avantgarde: Winfried Kretschmann und Volker Bouffier

Genau diesen Stil, politische Gegner bis auf die AfD bewusst nicht oder nur selten persönlich anzugreifen, pflegen auch Habeck und die Ko-Vorsitzende Annalena Baerbock auf Bundesebene. Auch wenn politische Gegner dies als „Harmoniesoße“ kritisieren, hat Habeck dies immer wieder als Erfolgsrezept für seine Regierungsjahre in Kiel bezeichnet. Jenseits der Differenzen bei Sachthemen eröffnet erst dieser Stil die Möglichkeit, in den sogenannten „bürgerlichen“ Gefilden bei konsensorientierten deutschen Wählern zu wildern. Nicht umsonst haben der CDU-Vorsitzende Armin Laschet und CSU-Chef Markus Söder die Grünen zum Hauptwettbewerb bei der Bundestagswahl erklärt.

Dazu kommt eine Kompromissfähigkeit trotz durchaus radikaler Forderungen in den Wahlprogrammen, weshalb Parteilinke und Parteijugend immer wieder einmal Verrat an Kernpositionen kritisieren. Kretschmann hat in Stuttgart eben keinen Frontalangriff gegen die Autoindustrie gestartet, die das Rückgrat der dortigen Wirtschaft bildet. Weder beim Ausbau der Wind- noch der Photovoltaik hatten die Grünen ihre hochgesteckten Ziele im Ländle erreicht. Al-Wazir wiederum hat in Hessen das Schneisen-Schlagen durch

Grünen angreifen. Sie können zwar etwa vor wachsenden Regulierungs- und Bürokratiendenzen warnen. Aber es fehlt mittlerweile das „Angst-Moment“ in der Auseinandersetzung – auch wenn etwa die Union stets betont, dass viele Landes-Grüne anders seien als die „linkeren“ Bundes-Grünen und sich selbst als Schutzwall vor einer Grün-Rot-Rot-Koalition präsentiert.

Sogar zwischen den Grünen und dem früheren Hassgegner CSU schmilzt übrigens das Eis teilweise. Der gleichzeitig ergraute und ergrünte bayerische Ministerpräsident Markus Söder erwähnte vor wenigen Tagen, dass er mit Kretschmann eine „Klima-Allianz“ der Südländer verabredet habe – für den Fall, dass er bayerischer Ministerpräsident bleiben sollte.



ANDREAS RINKE

ist politischer Chefkorrespondent der Nachrichtenagentur Reuters.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbrieft. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Robust

Anscheinend unbeteiligt betrachtet Angela Merkel die Diadochenkämpfe in und zwischen den Unionsparteien. „Ich wollte, will und werde mich da heraushalten“, antwortete sie auf die Frage, ob sie befürchte, dass die Laschet-Söder-Auseinandersetzungen dazu führen könnten, dass CDU und CSU die Bundestagswahl und das Kanzleramt verlören.

In der Fraktionssitzung, in der der Streit ausgetragen wurde, studierte sie Akten und Smartphone-Mitteilungen. Das Wort ergriff sie nicht. Weder zugunsten Laschets, ihres Nachfolgers im CDU-Vorsitz, noch Söders, des CSU-Chefs. Ob sich daraus Präferenzen Merkels für den einen oder anderen ableiten lassen, ist eine Sache der Interpretation. Nahegelegen hätte es, dass sie „ihren“ Vorsitzenden unterstützt – so wie es Wolfgang Schäuble, der Elder Statesman der CDU, getan hat. Sollte ihr Schweigen Laschet helfen oder zweifelt sie an seinen Fähigkeiten? Hatte Söder ihre heimliche Unterstützung? Oder ist sie sogar der Auffassung, nach 16 Jahren CDU-Kanzlerschaft tue es allen gut, wenn eine andere Partei den Bundeskanzler stellt?

Zu den Umständen gehört es, dass Merkel Ende 2018 nicht etwa selbstbestimmt ihr Erbe regeln wollte, sondern anlassbezogen auf den CDU-Vorsitz verzichtete. Volker Kauder, als CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender ihre wichtigste Stütze, wurde gestürzt. Die hanebüchenden Entwicklungen um die Entlassung des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz waren noch frisch in Erinnerung.

Bei der Landtagswahl in Hessen verlor die einst stolze Landes-CDU elf Punkte und landete bei 27 Prozent. Merkels Verzicht auf das Parteiamt sollte sie vor weiterem Machtverlust bewahren und ihr die Kanzlerschaft retten.

Bei den Kampfabstimmungen um den CDU-Vorsitz gewannen zwar stets diejenigen, die Merkel politisch am nächsten standen. Doch der Rücktritt von Annegret Kramp-Karrenbauer hatte auch mit der Robustheit der Kanzlerin zu tun. Die Autorität Armin Laschets wurde – bei Anne Will – von Merkel untergraben. Beide schafften es nicht, sich von Merkel zu lösen, wie diese sich einst von Helmut Kohl emanzipiert hatte. Nun war es umgekehrt. Merkel emanzipierte sich von ihren Nachfolgern. Nutznießer wurde ausgerechnet Söder, einst ihr scharfer Gegner, der nach einer 180-Grad-Wende zu der Erkenntnis kam, nur mit Merkel-Politik ließen sich Merkel-Wähler bei der Union halten. Die CDU aber wird ohne „Mutti“ laufen lernen müssen.